

Hausdienstarbeit

Was gilt als Hausdienstarbeit?

1 Darunter sind zum Beispiel folgende Tätigkeiten zu verstehen:

- Raumpflegerin/Raumpfleger;
- Kindermädchen (Au-pair-Mädchen/-Mann; Babysitterin/Babysitter);
- Kinderbetreuung;
- Haushaltshilfe;
- Hauswartin/Hauswart;
- sowie weitere Berufsleute, welche Tätigkeiten im Haus bzw. in der Wohnung oder ums Haus herum erledigen.

Hausdienstarbeit gilt im sozialversicherungsrechtlichen Sinne als Erwerbstätigkeit.

Pflichten der Hausdienstarbeitgebenden

Abrechnung der Sozialversicherungsbeiträge

2 Wer einen eigenen Haushalt führt und Personen als Hausdienstarbeitnehmende beschäftigt und sie entlohnt (Geld- oder Naturallohn), ist verpflichtet, von diesem Lohn Sozialversicherungsbeiträge zu entrichten, auch wenn dieser noch so bescheiden ist. Ferienentschädigungen unterstehen auch der Beitragspflicht. Wer die Meldung unterlässt, kann sich strafbar machen.

Anmeldung bei der Ausgleichskasse

3 Um die Sozialversicherungsbeiträge (AHV/IV/EO/ALV) abzurechnen, sind die Hausdienstarbeitgebenden verpflichtet, sich bei der kantonalen Ausgleichskasse am Ort des Haushaltes anzumelden. Rechnet die Hausdienstarbeitgeberin oder der Hausdienstarbeitgeber bereits für anderes Personal bei einer Verbandsausgleichskasse ab, so kann sie oder er auch für die Hausdienstangestellten bei dieser Kasse abrechnen.

Einforderung des Versicherungsausweises

4 Bei Stellenantritt verlangen die Hausdienstarbeitgebenden den Versicherungsausweis von ihren Arbeitnehmenden und leiten ihn an die zuständige Ausgleichskasse weiter. Falls kein Versicherungsausweis vorhanden ist oder sich die Personalien geändert haben, muss ein Anmeldeformular ausgefüllt werden.

Anmeldeformulare sind bei jeder Ausgleichskasse oder im Internet unter www.ahv-iv.info erhältlich.

Beitragspflichtige Personen

5 Alle Erwerbstätigen sind ab dem 1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahres beitragspflichtig.

Im Hausdienst tätige AHV-Rentenberechtigte zahlen weiterhin Beiträge an die AHV/IV/EO, nicht jedoch an die Arbeitslosenversicherung. Für sie gilt ein Freibetrag von 16800 Franken im Jahr bzw. 1400 Franken pro Monat. Auf dem Teil des Einkommens, der den Freibetrag übersteigt, müssen AHV/IV/EO-Beiträge entrichtet werden. Kein Freibetrag gibt es jedoch für frühpensionierte Rentnerinnen und Rentner (ab 62 Jahren für Frauen und ab 63 Jahren für Männer). Für sie müssen auch Beiträge an die Arbeitslosenversicherung entrichtet werden.

Beitragsätze

6 Die Beitragsätze sind folgende:

	Hausdienstarbeitgeberin/ Hausdienstarbeitgeber	Hausdienstarbeitnehmerin/ Hausdienstarbeitnehmer
AHV/IV/EO	5,05%	5,05%
Arbeitslosenversicherung (ALV)	1%	1%
Familienausgleichskasse (FAK)	kassenspezifisch	nur im Kanton Wallis: 0,3%
Verwaltungskosten	kassenspezifisch	keine

Die AHV-Ausgleichskassen erheben in der Regel auch die Beiträge zu der Familienzulagenordnung. Nur in Ausnahmefällen werden sie bei einer getrennten Familienausgleichskasse erhoben. In diesen Fällen weist die zuständige Ausgleichskasse die Arbeitgebenden an die zuständige Familienausgleichskasse weiter.

Die Hausdienstarbeitgebenden bezahlen die gesamten Beiträge an die Ausgleichskasse. Sie ziehen den Anteil der Hausdienstarbeitnehmenden vom Bruttolohn ab.

Wird ein Nettolohn vereinbart (d. h. die Hausdienstarbeitgebenden übernehmen auch die Beiträge der Arbeitnehmenden), ist die Umrechnung in den Bruttolohn vorzunehmen. Die Ausgleichskasse gibt hierzu Auskunft. Die Umrechnungstabelle ist auch im Internet unter www.sozialversicherungen.admin.ch/?lng=de abrufbar.

Einkommen aus Nebenerwerb

7 Auf die AHV/IV/EO/ALV-Beitragsabrechnung kann verzichtet werden, wenn

- das Einkommen aus einem Nebenerwerb stammt, d. h. parallel dazu im In- oder Ausland ein Haupterwerb ausgeübt wird, und
- das Einkommen höchstens 2000 Franken im Jahr beträgt.

Wer aus einem Nebenerwerb mehr als 2000 Franken erzielt, kann auf die Beitragsabrechnung nicht verzichten. Kein Nebenerwerb liegt vor,

- wenn sich das gesamte Erwerbseinkommen aus mehreren Hausdiensttätigkeiten zusammensetzt, oder
- wenn die Hausdienst- und Haupttätigkeit für den gleichen Arbeitgebenden verrichtet werden.

Die Verzichtserklärung muss schriftlich erfolgen. Sie ist vom Hausdienstarbeitgebenden und vom Hausdienstarbeitnehmenden zu unterzeichnen.

Das Verzichtserklärungsformular für die AHV/IV/EO/ALV-Beiträge sowie weitere Informationen stehen im Merkblatt 2.04 zur Verfügung.

Dieses Merkblatt ist auch im Internet unter www.ahv-iv.info abrufbar.

Familienzulagen

8

Wer als Hausdienstarbeitnehmerin oder Hausdienstarbeitnehmer tätig ist und Lohn bezieht, hat Anspruch auf Familienzulagen, sofern die Voraussetzungen der kantonalen Gesetzgebung über die Familienzulagen erfüllt sind.

Für den Familienzulagenanspruch ist eine Anmeldung bei der zuständigen Familienausgleichskasse (in der Regel die AHV-Ausgleichskasse) einzureichen.

Obligatorische Unfallversicherung

9

Die Hausdienstarbeitgebenden sind verpflichtet, ihr Personal gegen Unfall zu versichern. Dazu müssen sie sich bei einer Unfallversicherung anmelden.

- Hausdienstarbeitnehmende, deren wöchentliche Arbeitszeit weniger als acht Stunden beträgt, sind nur gegen Berufsunfälle und Berufskrankheiten versichert.
- Hausdienstarbeitnehmende, die mindestens acht Stunden pro Woche arbeiten, müssen auch gegen Nichtberufsunfall versichert werden.

10

Die Prämie der Berufsunfallversicherung geht zu Lasten der Hausdienstarbeitgebenden, diejenige der Nichtberufsunfallversicherung zu Lasten der Hausdienstarbeitnehmenden. Der Hausdienstarbeitgebende schuldet den gesamten Prämienbetrag, wobei er den Anteil der Hausdienstarbeitnehmenden von deren Lohn abzieht. Abweichende Abreden zugunsten

der Versicherten bleiben vorbehalten. Die Versicherung kann bei jedem zugelassenen Unfallversichernden abgeschlossen werden.

Die Liste der Unfallversicherungen kann beim Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL), Vertrieb Bundespublikationen, Fellerstrasse 21, 3003 Bern, oder über Internet unter www.bag.admin.ch/uv/beratung/d/verzei2004_1.pdf bezogen werden.

Wer als Hausdienstarbeitgebende keine Unfallversicherung abschliesst, macht sich strafbar, muss die Ersatzprämien zahlen und kann von der Versicherungsgesellschaft haftbar gemacht werden.

11 Falls der Verzicht auf die AHV/IV/EO/ALV-Abrechnung (siehe unter Ziffer 7, «Einkommen aus Nebenerwerb») auch einen Verzicht auf die obligatorische Unfallversicherung mit einschliessen soll, müssen die Hausdienstarbeitgebenden der zuständigen Unfallversicherung im Voraus eine schriftliche Erklärung abgeben, welcher die Hausdienstarbeitnehmenden zugestimmt haben.

12 Das beitragspflichtige Salär ist in der Regel dem massgebenden Lohn im Sinne der AHV gleichzustellen. Die Prämien werden in einem Promillesatz auf den prämienunterstellten Salären erhoben. Die Versicherungen haben für Arbeitnehmende, die nur sporadisch oder regelmässig für kurze Perioden beschäftigt sind, jährliche Pauschalprämien vorgesehen. Die Einzelfälle sind in den Tarifen geregelt.

Berufliche Vorsorge

13 Nur Monatslöhne ab 1613 Franken bzw. Jahreslöhne ab 19350 Franken werden der obligatorischen beruflichen Vorsorge unterstellt. Die Löhne verstehen sich als Bruttolöhne (gleicher Lohn wie für die AHV). Alle Arbeitgebenden, die diese Mindestlöhne ausrichten, müssen einer registrierten Vorsorgeeinrichtung angeschlossen werden. Die Ausgleichskassen kontrollieren, ob der betreffende Arbeitgebende einer Einrichtung angeschlossen ist.

14 Vom Obligatorium ausgenommen sind Arbeitnehmende, die nebenberuflich tätig sind und bereits für eine hauptberufliche Erwerbstätigkeit obligatorisch versichert sind oder im Hauptberuf eine selbständige Erwerbstätigkeit ausüben.

Die Vorsorgeeinrichtungen sind im Gegensatz zu den kantonalen Ausgleichskassen nicht verpflichtet, Mitglieder aufzunehmen. Die einzige Einrichtung, die gesetzlich verpflichtet ist, einen Arbeitgeber zu erfassen, ist die Stiftung Auffangeinrichtung BVG.

15 Die Beiträge der beruflichen Vorsorge werden den Arbeitgebenden von den Vorsorgeeinrichtungen direkt in Rechnung gestellt. Die Beitragssätze sind je nach Pensionskasse unterschiedlich. Die Arbeitgebenden müssen jedoch mindestens die Hälfte davon bezahlen.

16 Die Adressen der regionalen Stellen der Auffangeinrichtung BVG können bei folgender Adresse bezogen werden:
Stiftung Auffangeinrichtung BVG, Geschäftsstelle, Postfach, 8022 Zürich, Tel. 044 284 44 36, Webseite: www.aeis.ch. Weitere Informationen enthält das Merkblatt 6.06, das auch im Internet unter www.ahv-iv.info abrufbar ist.

Arbeitsvertrag

17 Hausdienstarbeitnehmende haben eine Arbeitsleistung zu erbringen, weshalb die Vertragsverhältnisse mit ihren Arbeitgebenden und den Hausdienstangestellten rechtlich als Arbeitsverträge nach Obligationenrecht zu qualifizieren sind. Dies gilt unabhängig davon, ob ein schriftlicher Vertrag besteht oder nicht.

Gewisse zentrale Gesetzesbestimmungen sind zwingend ausgestaltet. Es ist den Parteien bezüglich dieser Punkte deshalb nicht möglich, eine Vereinbarung zu treffen, welche die Hausdienstarbeitnehmenden schlechter stellen würde.

Vertragsregeln

18 Das Abschliessen eines schriftlichen Vertrages ist nicht notwendig, ist aber zu empfehlen, damit die Abmachungen klar geregelt sind. Jeder Kanton ist verpflichtet, für die Arbeitsverhältnisse der Hausdienstarbeitnehmenden einen so genannten Normalarbeitsvertrag zu erlassen. Dieser enthält Bestimmungen, welche zum Beispiel die Arbeits- und Ruhezeit oder die Arbeitsbedingungen im Allgemeinen ordnen. Solche Bestimmungen sind jedoch nicht zwingend. Die Normalarbeitsverträge können bei den kantonalen Verwaltungen bezogen werden.

Ferienbezug

19 Hausdienstarbeitnehmenden sind jährlich mindestens vier Wochen bezahlte Ferien zu gewähren. Eine Ferienwoche hat einer Arbeitswoche zu entsprechen, d. h. wer zum Beispiel drei Stunden pro Woche arbeitet, hat in einer Ferienwoche ebenfalls diese drei Stunden freie Zeit zugute. Bei Stundenlohn ist der Ferienlohn als Zuschlag in der Höhe von 8,33% (bei fünf Wochen Ferien beträgt der Zuschlag 10,64%) auf die bisher erzielten (Brutto-)Löhne zu berechnen und auszuzahlen.

Eine Vertragsklausel, wonach die Ferien oder der Ferienlohn im Lohn inbegriffen wären, ist nicht erlaubt. Weitere Hinweise enthält das Merkblatt des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco) zum Ferienanspruch der Arbeitnehmer. Dieses Merkblatt kann beim BBL bestellt werden oder unter www.seco-admin.ch/publikationen/00029/index.html?lang=de abgerufen werden.

Lohnzahlung bei Schwangerschaft und Mutterschaft

20 Sind die Hausdienstarbeitnehmerinnen wegen Schwangerschaft oder Mutterschaft verhindert zu arbeiten, so hat der Arbeitgeber oder die Arbeitgeberin für eine beschränkte Zeit den Lohn weiterhin zu bezahlen. Die Dauer der Lohnfortzahlung hängt dabei von der Anzahl Dienstjahre ab. Dasselbe gilt für Absenzen, die auf Krankheit zurückzuführen sind.

Wir verweisen auf das Merkblatt des seco über den Schutz der Arbeitnehmerinnen bei Mutterschaft, das im Internet unter www.seco-admin.ch/publikationen/00015/index.html?lang=de eingesehen werden kann.

Informationen zur Mutterschaftsentschädigung enthält das Merkblatt 6.02 Mutterschaftsentschädigung.

Kündigung

21 Befristete Verträge enden mit Ablauf der vereinbarten Vertragsdauer, und zwar ohne Kündigung.

Unbefristete Verträge müssen gekündigt werden. Dauert das Arbeitsverhältnis weniger als ein Jahr, ist eine Kündigungsfrist von mindestens einem Monat einzuhalten. Dauert es länger, beträgt die Frist mindestens zwei Monate. Längere Kündigungsfristen können vereinbart werden.

Bei Krankheit, Schwangerschaft, Mutterschaft sowie Militärdienst kommen die Hausdienstarbeitnehmenden in den Genuss des gesetzlichen Kündigungsschutzes. Näheres dazu enthält das entsprechende Merkblatt des

seco, das im Internet unter www.seco-admin.ch/publikationen/00017/index.html?lang=de abrufbar ist.

Auskünfte und weitere Informationen

22 Die Ausgleichskassen und ihre Zweigstellen geben gerne Auskunft. Ein Verzeichnis aller Ausgleichskassen befindet sich auf den letzten Seiten jedes Telefonbuchs. Es ist ebenfalls auf Internet unter www.ahv-iv.info abrufbar.

23 Arbeitsrechtliche Auskünfte erteilen in der Regel die Sekretariate der Arbeitsgerichte. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco), Direktion für Arbeit, Arbeitsbedingungen, Effingerstrasse 31, 3003 Bern, Tel. 031 322 29 48, erteilt arbeitsrechtliche Auskünfte genereller Natur.

24 Dieses Merkblatt vermittelt nur eine Übersicht. Für die Beurteilung von Einzelfällen sind ausschliesslich die gesetzlichen Bestimmungen massgebend.



Herausgegeben von der Informationsstelle AHV/IV in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Sozialversicherung, dem Bundesamt für Gesundheit und dem seco.

Nachdruck Oktober 2005. Auszugsweiser Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Dieses Merkblatt kann bei den Ausgleichskassen und deren Zweigstellen sowie den IV-Stellen bezogen werden. Bestellnummer 2.06/d.

Es ist ebenfalls auf Internet unter www.ahv-iv.info verfügbar.